



Soziale Initiative Pöbneck  
[www.soziale-initiative-poessneck.de](http://www.soziale-initiative-poessneck.de)

Constanze Truschzinski  
Stadträtin SIP  
Rosa Luxemburg Str. 13  
07381 Pöbneck  
0173 888 41 53

## Pressemitteilung

Pöbneck, 01.10.2010

### **Solidarität mit den Opfern von Polizeiterror in Stuttgart**

In der Bilke wurde anlässlich des ihres 4. Geburtstages, die Ausstellung „Widerreden – 60 Jahre Friedenspreis des Deutschen Buchhandels“ feierlich eröffnet. Vor der Bilke brannten fast unbemerkt Lichter für die Opfer des Polizeiterrors in Stuttgart.

Frieden ist die Wahrung von Menschenwürde und der Erhalt von Kulturgütern. Stuttgart steht im Widerspruch dazu.

Dort wurde friedlicher Protest von bis zu 100000 Menschen, welche die 300 uralte Bäume im Stuttgarter Schlosspark nicht einem gigantischen unkalkulierbaren Großprojekt der Deutschen Bahn opfern wollten, wurden mit brutaler Polizeigewalt aus dem Schlosspark vertrieben.

Die bürgerkriegsähnlichen Zustände sind nicht hinzunehmen. Es gab nach dem brutalen Vorgehen der Polizei 400 Augenverletzungen durch Tränengas und Wasserwerfern, zerstörte Augen und Ohren, den Schädelbasisbruch einer 14 Jährigen und Hilfskräfte die nicht in den Park gelassen worden. Bildern von blutenden Augen, weinenden Kindern, verzweifelten Menschen erzeugen Wut und Trauer. Das Kapital geht sprichwörtlich über Leichen.

Im Deutsche Bahn Projekt Stuttgart 21 geht es um Profitgier und Kapitalanlagen.

Bei dem Protest „oben bleiben“ geht es um Mitbestimmung, den Erhalt vom Ökologischen Gleichgewicht und einer gewachsenen Kulturlandschaft, sowie der Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland.

Wenn Verhältnismäßigkeit bedeutet, Wasserwerfer gegen Schüler einzusetzen, steht unsere demokratische Grundordnung steht auf dem Spiel. In Solidarität mit den Stuttgart 21 Gegnern, den Opfern von sinnloser Polizeigewalt kann jeder seinen Protest auch mit einem Protestfax oder einer Email an den Ministerpräsidenten Stefan Mappus zum Ausdruck bringen.

Wir fordern die Übernahme der politischen Verantwortung von Baden-Würtbergs Ministerpräsidenten Stefan Mappus für das Desaster, den Rücktritt und die Einhaltung und Gewährleistung von allen Grundrechten u.a. dem Recht auf körperliche Unversehrtheit (Art 2 GG), der Versammlungsfreiheit (Art 8GG) und das Recht auf freie Meinungsäußerung (Art 5 GG), sowie dem Widerstandsrecht nach (Art 20 GG) und den Stopp des Bahnprojektes.

Mit freundlichen Grüßen  
Constanze Truschzinski  
[www.constanzetruschzinski.de](http://www.constanzetruschzinski.de)